Brüsseler Scherben

Bürokratie Die Europäische Union will die Grenzwerte für Schwermetalle verschärfen. Das könnte das Ende der Meißner Porzellanmalerei bedeuten.

Spätestens wenn sie zum ersten Mal mit echten Keramikfarben arbeiten, wird den Auszubildenden an der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen bewusst, dass sie nicht nur einen Beruf erlernen, sondern eine jahrhundertealte Tradition erhalten. Die Rezepte für die berühmten Meißner Farben, das Kobaltblau für die Zwiebelmuster etwa oder das satte „Rot 8“ für den Mingdrachen, werden in einem speziellen Labor gehütet. Ein Jahr lang müssen die Auszubildenden Muster und Motive in der hauseigenen Zeichenschule auf Papier üben, bevor sie erstmals auf Keramik zeichnen dürfen.

Die Porzellanmanufaktur Meissen wurde einst von August dem Starken gegründet, um Geld in die Staatskasse zu spülen. Noch heute entstehen hier Schmuckstücke, um die sich Liebhaber aus der ganzen Welt reißen. Für eine streng limitierte, mit Rosen verzierte Vase aus dem aktuellen Programm legen betuchte Kunden 95 000 Euro hin. Die deutsche Unesco-Kommission stuft die Porzellanmalerei als Kulturerbe ein.

Zwei Weltkriege, die DDR und die Wende hat die Manufaktur überlebt, doch ausgerechnet eine neue Regelung der EU-Kommission könnte sie nun in ernsthafte Schwierigkeiten stürzen. Die Brüsseler Generaldirektion Gesundheit plant, die veraltete Keramikrichtlinie aus dem Jahr 1984 zu überarbeiten. Denn während die Grenzwerte für Schwermetalle wie Blei und Cadmium in Trinkwasser und Nahrungsmitteln in den vergangenen Jahren immer weiter verschärft wurden, blieb bei der Frage, wie viele Schwermetalle beim Gebrauch von Tellern und Schüsseln in Lebensmittel übergehen dürfen, alles beim Alten.

Eine Überarbeitung der Gesetze ist überfällig, da sind sich Kommission, Verbraucherschützer und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) einig, vor allem für Kinder sind die gegenwärtigen Grenzwerte viel zu lasch.

Für Teile der Keramikbranche sind die Pläne existenzbedrohend. Betroffen sind vor allem jene Unternehmen, in denen Motive und Verzierungen per Hand auf Teller, Tassen und Schüsseln aufgetragen werden, wie die sogenannten Königlichen Manufakturen Nymphenburg, KPM in Berlin sowie die Manufaktur in Meißen, deren alleiniger Gesellschafter der sächsische Staat ist.

Das Problem liegt im besonderen Fertigungsprozess. Porzellanmaler arbeiten mit hitzebeständigen Farben, die Cadmium und Blei enthalten können. Damit Gelbrot oder Purpur besonders strahlen, verwenden Manufakturen wie Meissen Aufglasurfarben. Deshalb können die Teller Schwermetalle abgeben, besonders wenn das Essen viel Säure enthält.

Nun sollen die Grenzwerte auch noch verschärft werden, bei Blei soll der Wert auf maximal ein Vierhundertstel der bisherigen Obergrenze reduziert werden. Damit dürften Teller aus Meissner Porzellan künftig weniger Schwermetalle enthalten als viele Nahrungsmittel selbst, etwa Blattsalate oder Muscheln. Die Hersteller halten das für völlig überzogen. „Eine Richtlinie, die für Teller viel schärfere Grenzwerte vorsieht als für die Lebensmittel selbst, erscheint auch unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes nicht durchdacht“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der keramischen Industrie, Christoph René Holler.

Die Manufaktur Meissen treffen die Brüsseler Pläne zur Unzeit. Das Unternehmen hat heftige Turbulenzen hinter sich. In den vergangenen Jahren sollte die Manufaktur zu einer Art sächsischem Gucci aufgemotzt werden. Doch nach millionenschweren Verlusten sind die Zeiten des Luxus- und Lifestyle-Unternehmens erst einmal vorbei. Der Flagship-Store in Mailand musste schließen; statt Uhren, Handtaschen und Möbel zu verkaufen, soll sich Meissen wieder auf sein Kerngeschäft besinnen.

Entsprechend nervös reagiert man auf die EU-Pläne – und sucht Verbündete. Kulturstaatsministerin Monika Grütters ist informiert, zudem schrieben mehrere Europaabgeordnete an Frans Timmermans, den Vizechef der EU-Kommission. Der Niederländer soll eigentlich dafür sorgen, dass die Behörde die Bürger nicht mit unsinnigen Gesetzesvorschlägen behelligt. In Sachen Porzellanmalerei aber zeigte sich Timmermans hartleibig: Die geplante Verschärfung der Grenzwerte basiere auf „wissenschaftlichen Erkenntnissen“, beschied er den Abgeordneten.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) nutzte im Juni einen Termin bei Jean-Claude Juncker, um die Sorgen seiner Porzellanmaler vorzutragen. Bei Tillichs Schilderung der EU-Pläne habe der Kommissionschef nur den Kopf geschüttelt, berichten Teilnehmer.

Als Kompromiss könnte eine Idee aus dem fernen Kalifornien dienen, dem Vorzeigeschüler unter den US-Bundesstaaten in Sachen Verbraucherschutz. Auch dort sind die Grenzwerte für Schwermetalle streng. Kunsthandwerk darf jedoch verkauft werden, wenn es einen Warnhinweis trägt.

Unproblematisch ist freilich auch diese Idee nicht. Denn wer gibt schon gern Hunderte Euro für einen Teller aus, vom dem er dann lieber nicht essen soll? Peter Müller

Manufakturmalerei in Meißen: „Rot 8“ für den Mingdrachen